



Eine Beleuchtung des Bildungsprogrammes der neuen ÖVP/FPÖ - Bundesregierung

Liebe Kollegin!
Lieber Kollege!

Die FSG-BMHS möchte Sie in diesem Informationsmail über die Ideen der neuen Bundesregierung betreffend des Bildungsprogrammes informieren.

Wenn man sich das Bildungsprogramm der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung näher ansieht, dann erkennt man sehr schnell, dass es derzeit lediglich aus einer Aneinanderreihung von Schlagworten ohne genauere Durchführungsbestimmungen besteht. Es trägt die Handschrift des Lehrerkritikers Andreas Salcher und spiegelt nicht nur in der verwendeten Terminologie, sondern auch in den beabsichtigten Maßnahmen teilweise längst überholte und aus dem vorigen Jahrhundert stammende pädagogische, psychologische und bildungspolitische Ansätze wieder.

Ein Konzept, welches überwiegend und unreflektiert den Fokus auf Sanktionierung und Kontrolle legt und aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert, hat nichts mit fortschrittlicher lösungsorientierter Bildungspolitik zu tun.

Folgende Leitgedanken sind ersichtlich:

- *Aufstellung eines verbindlichen Wertekanons und Sanktionsmöglichkeiten bei Missachtung desselben*
- *Festschreiben von Kontrollen und Qualitätsstandards – rasche Sanktionsmöglichkeiten*
- *Sanktionen für Eltern bei Missachtung von Pflichten*
- *Bildungspflicht für Schüler, Sanktionen bei Nicht-Erreichen von Bildungszielen am Ende der Laufbahn*
- *Segregation statt Integration*

Als dominierendes „Heilmittel“ setzt man unreflektiert auf die Mittel der Sanktion, Kontrolle und Festschreibung von Regeln und Standards (welche schon lange verbindlich an den Schulen existieren). Dadurch den Schein zu erwecken, Bildungsziele durchsetzen bzw. Werthaltungen bei den Betroffenen ändern zu können, ist absoluter Nonsens und grob fahrlässig.

Die Hinwendung zu Segregation und die Abkehr von einer integrativen Bildungspolitik ist ebenfalls nicht zielführend. Dies benachteiligt nicht nur Betroffene, sondern fördert die Vertiefung sozialer und ethnischer Gräben in der Gesellschaft.

Die folgenden „**Highlights**“ aus dem Bildungsprogramm (fettgedruckt) untermauern diese Leitgedanken:

- **Bekanntnis zur Verfassungs-, Werte- und Gesellschaftsordnung: Jedwede Arbeit in elementarpädagogischen Einrichtungen hat auf Basis dieser Werte zu erfolgen**
- **Festschreibung von Kontrollen der Qualitätsstandards – rasches Eingreifen und Konsequenzen bei Missständen sicherstellen**
- **Genau definierter, verbindlicher Wertekanon**
- **Verstärkte Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der öffentlichen Hand bei Missachtung der durch die Vereinbarung vorgegebenen Regeln (Werte, Umgang mit Kindern etc.)**





FSG - BMHS NEWS

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen BMHS

Es bleibt völlig im Dunklen von welchem Wertekanon hier auszugehen ist und welche Sanktionen zu erwarten sind. Auch dass ein derartiger Wertekanon dann zur Messung der Qualität einer Schule herangezogen werden könnte, ist als Problem zu sehen, da damit durchaus finanzielle Zuwendungen einhergehen können, um dadurch eine Elitenförderung zu implementieren und dies am Rücken der schwächeren auszutragen. Moderne wissenschaftliche Erkenntnisse werden ignoriert und Förder- und Unterstützungskonzepte für benachteiligte bzw. lernschwache Schülerinnen- und Schülergruppen kommen nicht vor, sondern es werden Uraltssysteme, wie die Konzentration in Sonderschulen, forciert.

- **Der Administrationsaufwand muss nachhaltig gesenkt werden. Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen sollen sich auf ihre Kernaufgabe – das Unterrichten und das Arbeiten mit Kindern – wieder verstärkt konzentrieren können. Die Entlohnung der Pädagoginnen und Pädagogen soll leistungs- und ergebnisorientiert gestaltet werden. Die Arbeit in den Bildungseinrichtungen soll auch für jene geöffnet werden, die zwar über keine pädagogische jedoch über andere, im Schulbereich nützliche Ausbildungen verfügen.**

Wenn von einer Konzentration der Lehrerinnen und Lehrer auf ihre Kernaufgabe die Rede ist, soll meist die Erhöhung der Lehrverpflichtung eingeläutet werden. Aussagen von Reformminister Josef Moser sowie die beabsichtigten Einsparungen bei den Personalkosten, deuten jedenfalls in diese Richtung. Unbeantwortet bleibt, wer die freiwerdenden und neu hinzukommenden (z.B.: durch geplante Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen) administrativen Arbeiten übernehmen soll. Ohne Aufstockung des Nichtlehrerpersonals (eine langjährige gewerkschaftliche Forderung) würden diese Tätigkeiten weiterhin an den Lehrerinnen und Lehrern hängen bleiben.

Eine leistungsorientierte Entlohnung von Lehrerinnen und Lehrern ist dann zu begrüßen, wenn Mehrleitungen besser abgesehen werden. Sollte jedoch das Grundgehalt von dubiosen Leistungsanforderungen und vielleicht von einem anonymen Schülerinnen und Schüler-Feedback abhängen, kann man diese Aussage wohl nur als puren Nonsense qualifizieren. Voraussetzung für eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema einer leistungsorientierten Entlohnung ist jedenfalls die Klärung, was unter leistungsorientiert bzw. der Leistung einer Lehrperson zu verstehen ist. Dass eine „Erleichterung“ für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger ohne pädagogische Ausbildung im Schulbereich geschaffen werden soll, kann in einer Situation, in der immer wieder von einem mangelhaften Bildungsniveau der Schülerinnen und Schüler gesprochen wird, nicht zu einer Erhöhung des Bildungsniveaus beitragen.

- **Neues einheitliches Bundesgesetz für alle im Bildungsbereich tätigen Pädagoginnen und Pädagogen**
- **Neue Arbeitszeitmodelle für Pädagoginnen und Pädagogen, um Schulen eine standortautonome, flexible Arbeitszeitgestaltung zu ermöglichen**
- **Klare Regelungen für die Anstellung, Bewertung (mit Konsequenzen und Verpflichtungen) und Kündigung von Lehrerinnen und Lehrern**

Es dürfte den Verfassern des Bildungsprogrammes entgangen sein, dass wir bereits in einer Übergangsphase zu einem neuen Dienstrecht sind. Würde man alle Lehrerinnen und Lehrer des alten Dienstrechts zwangsweise ins neue Dienstrecht übernehmen, würde das für diese eine Erhöhung der Lehrverpflichtung bedeuten und mit teilweise erheblichen Einkommensverlusten einhergehen. Die Aussagen bezüglich neuer Arbeitszeitmodelle könnten auf die beabsichtigte Einführung einer Jahresdurchrechnung hinauslaufen, was diverse Verschlechterungen für die Kolleginnen und Kollegen sowie eine starke Reduzierung bisher bezahlter Mehrleistungen mit sich bringen könnte. Regelungen für Anstellung und Kündigung von Pädagoginnen und Pädagogen gibt es bereits.





FSG - BMHS NEWS

Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen BMHS

- **Bindung der Sozialleistungen an die Einhaltung von (schul)gesetzlichen Verpflichtungen**
- **Generelle Koppelung des Bezugs von Sozialleistungen an die Einhaltung der aus der Schul- bzw. Bildungspflicht resultierenden Auflagen und Vorgaben**
- **Sanktionen bei Sozial- und Transferleistungen für Eltern und Erziehungsberechtigte im Fall einer Missachtung von Aufgaben und Pflichten**
- **Verschärfungen der Bestimmung zur Ahndung von Schulpflichtverletzungen**

Diese Bestimmungen zeigen, dass auch die Erziehungsberechtigten von den Sanktions- und Bestrafungsorgien nicht ausgenommen werden sollen. Die Bindung von Sozialleistungen an die Einhaltung von schulgesetzlichen Verpflichtungen oder Erreichen von Bildungszielen würde vor allem sozial benachteiligte Familien treffen und deren Situation verschärfen. Eine Problemlösung ist durch diese Maßnahmen nicht zu erwarten. Die geringe Wirkung von Strafe als Mittel, eine Verhaltensänderung zu erreichen, sollte hinlänglich bekannt sein. Ein solches System geht auch hier von völlig überalterten pädagogischen und psychologischen Konzepten aus und spricht zudem Kindern (Schülerinnen und Schülern) jegliche Eigenverantwortung bzw. jegliches eigenständige Handeln ab.

- **Erhalt und Stärkung des Sonderschulwesens**
- **Einrichtung von Schulen für besonders begabte Schülerinnen und Schüler (z.B. Sir-Karl-Popper-Schule) in allen Bundesländern bzw. Strukturen in bestehenden Schulen ausbauen**
- **Eigene Deutschklassen für Schüler, die die Unterrichtssprache nicht ausreichend beherrschen**

Elitenbildung statt Integration ist aus gesellschaftspolitischer Sicht unververtretbar und stellt außerdem Schleichwerbung für die von Herbert Sacher mitgegründete Sir-Karl-Popper-Schule im Regierungsprogramm dar.

- **Entlastung der Eltern durch Anbieten von Lernmodulen in einer „Sommerschule“**

Hier stellt sich die Frage, wer dort zu welchen Konditionen unterrichten soll

Auch wenn dieses Bildungsprogramm nur aus einer Aneinanderreihung von Schlagworten besteht, so sind doch klare und teilweise erschreckende Tendenzen sichtbar.

Wie Eingangs schon erwähnt hat ein pädagogisches/bildungspolitisches „Konzept“, welches in erster Linie den Fokus auf Sanktionierung und Kontrolle legt, nichts mit fortschrittlicher, lösungsorientierter Bildungspolitik zu tun.

Es bleibt abzuwarten, wie der neue Bildungsminister, immerhin ein anerkannter Bildungsexperte, dieses Programm durchsetzen bzw. umsetzen wird.

Mit spannenden Zeiten und gewerkschaftlichem Widerstand darf jedoch gerechnet werden!



Dr. Fritz Auer
0664 145 88 44
auer@chello.at



Mag.ª Eveline Ott
0664 358 23 91
evi.ott@aon.at



Ing. MMag. Pascal Peukert
0676 49 66 414
pascal.peukert@gmx.at

